

Die Kabinettskrise und die Berufungen zum Kaiser.

Wien, 10. Oktober.

Dreißig Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden am Samstag vom Kaiser in Audienz empfangen werden. Die Krone hat den Wunsch, die Anschauungen der Vertreter der einzelnen Parteien über das Selbstbestimmungsrecht unmittelbar kennen zu lernen. Diese Berufungen werden in parlamentarischen Kreisen in Zusammenhang gebracht mit einer Kabinettskrise, die schon für die kommende Woche erwartet wird. Das Ministerium *Sussarek* hat während seiner verhältnismäßig kurzen Amtstätigkeit wiederholt eine Reform der Verfassung angekündigt. Es war auch bekannt, daß im staatsrechtlichen Departement des Ministerratspräsidenten an einer Reform der Verfassung gearbeitet wurde, die sich in der Richtung einer Ausgestaltung im autonomistischen Sinne bewegte. Die auswärtigen Ereignisse der letzten Wochen, insbesondere die Kapitulation Bulgariens, die Friedensnote der Mittelmächte und die Antwort Wilsons haben die staatsrechtlichen Ansprüche der einzelnen Nationen mit Hochdruck gesteigert. Der Ministerpräsident selbst hat zur Erhöhung der Fiebertemperatur, die jetzt bei allen Parteien zu konstatieren ist, mit seiner letzten Rede beigetragen, indem er durch die schrankenlose Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen auch diejenigen Parteien auf diesen Weg drängte, die bisher eine gewisse Reserve eingehalten haben. Die Regierung will jetzt mit den Parteien über eine Verständigung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes verhandeln, nachdem der Ministerpräsident schon vorher dasselbe Selbstbestimmungsrecht ohne jede Gegenleistung zugestanden hat. Die Verhandlungen über eine Verständigung sollen beginnen, nachdem die Polen in Galizien sich bereits als integrierender Bestandteil des neuen polnischen Staates betrachten, die Tschechen ganz unverhüllt das Losreißen des tschechisch-slowakischen Staates von der Monarchie ankündigen, die Südslaven dasselbe für den südslawischen Staat fordern und selbst die deutschen Parteien gemeinsam über die Errichtung eines deutschösterreichischen Staates beraten.

Ueber das Programm der bevorstehenden Verhandlungen verlautet folgendes: Den Nationen soll auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker das Recht eingeräumt werden, sich praktisch zu konstituieren. Zur Durchführung dieser Konstituierung soll ein sogenanntes

Völkerministerium eingesetzt werden, in welches alle Nationen ihre Vertreter zu entsenden hätten. Die Konstituierung nationaler Staaten hätte sich innerhalb der Grenzen Oesterreichs zu vollziehen, so daß nach diesen Plänen die Gemeinamkeit in irgendeiner Form aufrecht zu erhalten bliebe. Es verlautet in parlamentarischen Kreisen, daß nach dieser Richtung verschiedene Vorschläge gemacht worden sind. Die Berufung der Parteiführer des Abgeordnetenhauses zum Kaiser soll hauptsächlich Informationszwecken dienen. Es soll untersucht werden, wie weit diese Idee bei den einzelnen Nationen Anhang findet.

Im Zusammenhang mit der Absicht der Bildung eines Völkerministeriums sind heute im Abgeordnetenhause die verschiedensten Gerüchte über den voraussichtlichen Chef des neuen Kabinetts aufgetaucht. In den letzten Tagen wurde von Herrenhausmitglied Hofrat *Lammajsch* gesprochen. Wie jedoch in unterrichteten Kreisen behauptet wird, ist eine Berufung des Hofrates *Lammajsch* als Kabinettschef nicht in Aussicht genommen. Es wurde vielmehr daran gedacht, Hofrat *Lammajsch* als Minister ohne Portefeuille in das neue Kabinett zu berufen.

Als zweiter Anwärter wurde auch Ackerbauminister Graf *Silva-Tarouca* genannt, von dem es bekannt ist, daß er ein Anhänger des Gedankens eines Völkerministeriums ist. Nach der Ansicht der parlamentarischen Kreise beruht jedoch auch dieses Gerücht kaum auf Wahrheit. Als sehr erster Kandidat wurde in den Abendstunden im Abgeordnetenhause Herrenhausmitglied Fürst *Friedrich Lobkowitz* genannt, dessen Name auch bereits anlässlich früherer Kabinettskrisen aufgetaucht ist und von dem man voraussetzt, daß er als einflussreiches Mitglied der Rechten des Herrenhauses auch das Vertrauen der slawischen Parteien erwarten konnte.

Die Idee eines Völkerministeriums findet bei den Parteien des Abgeordnetenhauses eine sehr kühle Aufnahme. Die Deutschen verhalten sich reserviert, tschechische Abgeordnete erklären ganz offen, daß sie sich durch einen solchen Schritt von ihrer bisherigen Taktik nicht abbringen lassen, die Polen sind fast alle abwesend und bereiten in Krakau ihre Nationalversammlung vor, die übrigen Parteien warten die Ereignisse ab. Man glaubt, daß die Entscheidung Anfang der nächsten Woche fallen wird.

Unter dem Eindruck der heutigen Krisengerüchte trat heute nachmittag die Obmännerkonferenz zusammen. Es wurde beschlossen, in der nächsten Woche mit den Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses auszuweichen. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am 22. Oktober statt. Die kommende Woche ist mit Verhandlungen in der Delegation ausgefüllt. Montag ist der Heeresausmarsch, Mittwoch der Ausschluß für Neuzeres, Dienstag das Plenum der Delegation einberufen. Im Ausschluß für Neuzeres wird Minister des Neuzeres Graf *Burian* ein Exposé über die auswärtige Lage halten. Die Plenarsitzung der Delegation ist zwar nur als eine rein formale geplant, es ist aber nicht ausgeschlossen, daß seitens der Delegierten verschiedene Anfragen gestellt werden, die mit den gegenwärtigen aktuellen Ereignissen zusammenhängen.

Die zum Kaiser berufenen Abgeordneten.

Die Berufungen der Parteiführer zum Kaiser, die Ministerpräsident *Freiherr v. Sussarek* heute mittag bei seinen Besprechungen mit den Abgeordneten angekündigt hat, sind im Laufe der Abendstunden erfolgt. Die Audienzen werden Samstag nachmittags ihren Anfang nehmen und dürften voraussichtlich auch den ganzen Sonntag beanspruchen. Es werden beim Kaiser in Audienz erscheinen: Vom Verband der deutschnationalen Parteien *Dr. Waldner*, *Dr. Urban* und *Dr. Stözl*; von der Christlichsozialen Vereinigung *Hausler*, *Fink* und *Dr. Mataja*; als Vertreter der neuen deutschen Unabhängigkeitspartei Abgeordneter *Teufel*; von der Freiheitlichen Vereinigung Abgeordneter *Friedmann*; vom Klub der deutschen Sozialdemokraten *Dr. Adler*, *Seib* und *Seliger*; vom Polenklub *Dr. Tertil* und *Graf Baworowski*; von den polnischen Radikaldemokraten *Reizes*; von den Tschechen *Stanel*, *Klofac*, *Dr. Fiedler*, *Dr. Gruban* und *Lusar*; von den Rumänen *Dr. v. Sjoscescul-Grecul*; von den Südslaven *Dr. Poroshec* und von den Ukrainern *Dr. Petruszewycz* und *Dr. Eugen Lewicki*.